

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

10 Pfennig

Dienstag

22. Juni 1926

Verlag und Anzeigenabteilung:  
Geschäftszeit 9-5 Uhr

Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH,  
Berlin SW. 68, Cindenzstraße 3  
Fernsprecher: Dönhoff 292-297

## Die Fürstenvorlage im Rechtsauschuß

### Keine Generaldebatte. — Vertagung auf morgen.

Der Rechtsauschuß des Reichstages begann heute seine Beratungen des nunmehr von der Regierung vorgelegten Gesetzentwurfes über die vermögensrechtliche Auseinandersetzung zwischen deutschen Ländern und Fürsten.

Einleitend wies der Vorsitzende Dr. Kahl darauf hin, daß nach dem Ergebnis des Volksentscheides nunmehr notwendig geworden sei, die Regierungsvorlage zu beraten. Wir sprechen den Wunsch aus, daß die Stimmungen und Verstimmungen aus den jüngsten Zeiten in die ruhige und sachliche Beratung des Rechtsauschusses nicht übergreifen mögen. Es müsse jetzt

ohne Verzögerung schnellstmöglich gearbeitet werden.

Abg. Schulte vom Zentrum weist darauf hin, daß nach dem Ausfall des Volksentscheides die Auseinandersetzung mit den Fürsten die wichtigste politische Frage geblieben ist. Eine beschleunigte Erledigung sei notwendig. Der Reichstag habe ein Interesse an der abschließenden Lösung, wenn er sich nicht selbst aufgeben wolle. Da die Parteien aber noch nicht miteinander Fühlung nehmen können, wünsche er eine Vertagung bis morgen. Auf eine Generaldebatte könne verzichtet werden und morgen müsse sofort mit der Einzelberatung begonnen werden.

Genosse Rosenfeld

erklärt für die sozialdemokratische Fraktion, daß auch sie auf eine schnelle Beratung des Gesetzes das größte Gewicht lege, nicht nur wegen der politischen Bedeutung, sondern auch weil die beiden früher erlassenen Sperrgesetze, durch welche Verschleppungen von Fürstenvermögensstellen verhindert werden sollen, bereits am 30. Juni ablaufen. Er bezieht sich heute vor,

eine Verlängerung der Geltungsdauer dieser Gesetze zu beantragen,

falls der Gesetzentwurf nicht bis zum 30. Juni verabschiedet würde. Lieber die Behandlung des Gesetzes erklärte er, daß die Vertreter der sozialdemokratischen Fraktion zu dem Gesetzentwurf Verbesserungsanträge stellen würden, daß sie alles daran setzen würden, das Gesetz brauchbar zu machen und daß sie sich ihre Stellungnahme zu dem neuen Gesetz vorbehalten, bis feststände, welche Gestaltung der Gesetzentwurf erhalten solle.

Abg. Neubauer (Komm.) schließt sich dem Wunsch nach Beschleunigung an und verliest alsdann eine lange Erklärung seiner Fraktion „im Namen von 15 Millionen Wählern und der Mehrheit der sozialdemokratischen Arbeiter“ (Heiterkeit), in der neben Vorwürfen gegen Reichspräsident und Reichsregierung natürlich auch die alten Väter gegen die Sozialdemokratische Partei enthalten sind. Nach Ansicht der kommunistischen Fraktion will die Sozialdemokratische Partei durch ihre Verbesserungsanträge nur wieder Verrat üben, seine Freunde lehnen jede Mitarbeit ab und rufen die Massen auf, Einheitskomitees zu bilden und für eine Arbeiter- und Bauernregierung (Heiterkeit), für Sturz der Reichsregierung und des Reichspräsidenten sowie für Auflösung des Reichstages einzutreten.

Gen. Rosenfeld wies die Angriffe auf unsere Partei ab. Aus der kommunistischen Erklärung klangen die altbekannten Weisen heraus, die von ihnen schon früher zu hören gewesen seien. Schon als die sozialdemokratische Fraktion bei den früheren Beratungen Verbesserungsanträge gestellt hätten, hätten die Kommunisten erklärt, das sei Verrat und die sozialdemokratische Fraktion wolle nur den Volksentscheid sabotieren. Inzwischen sei auch den Kommunisten klar geworden, daß die Sozialdemokratische Partei die richtige Politik getrieben habe, denn sie habe den Volksentscheid nicht sabotiert, sondern durchgeführt und ihr Eingreifen habe überhaupt erst die Durchführung des Volksentscheides ermöglicht gemacht. Auch jetzt behalte sich die sozialdemokratische Fraktion ihre Stellungnahme vor,

sie habe freie Hand und werde zunächst alles daran setzen, das Gesetz umzusetzen.

Charakteristisch sei, daß die kommunistische Fraktion auch jetzt wieder nach Einheitskomitees schreie, gleichzeitig aber die Sozialdemokratische Partei beschimpfe. All diese Beschimpfungen entbehren jeder Begründung, wir weisen sie energisch zurück.

Abg. v. Richtig (Dem.) weist die Behauptung Neubauers zurück, daß die Millionen, die für den Volksentscheid gestimmt hätten, die Forderungen der Kommunisten unterstützt hätten.

Vorsitzender Kahl stellte alsdann fest, daß der gesamte Ausschuss eine Generaldebatte nicht wünsche. Der Antrag Schulte auf Vertagung der Sitzung auf morgen wird gegen die Sozialdemokraten und Kommunisten angenommen.

## Deutschnationaler Zusammenbruch in Berlin.

### Die davongelaufenen Rechtswähler.

Die Presse der Rechten hat das Ergebnis des Volksentscheides mit allen Zeichen von Betroffenheit aufgenommen. Sie hat guten Grund dazu. Das Ergebnis von Stadt Berlin bedeutet für die Rechtsparteien, vor allem für die Deutschnationalen, eine schwere Niederlage.

Bei der Reichstagswahl vom 7. Dezember 1924 wurden in Groß-Berlin 1 134 274 gültige Stimmen abgegeben. Mit Ja stimmten 942 654, das sind 83 Proz. der am 7. Dezember 1924 abgegebenen Stimmen, 66 Proz. der Wahlberechtigten.

Am 7. Dezember 1924 wurden 953 368 Stimmen für Sozialdemokraten, Kommunisten und Unabhängige abgegeben. Es haben also 349 286 bürgerliche Wähler mit Ja gestimmt. Weit über die Hälfte dieser Wähler stammen aus dem Lager der Rechtsparteien. Darüber gibt folgende statistische Betrachtung über die Verteilung der Stimmen am 7. Dezember 1924 Aufschluß:

Sozialdemokraten und Kommunisten u. USPD	593 368	Deutschnationale	249 260
Demokraten	115 127	Deutsche Volkspartei	55 730
Zentrum	46 589	Wirtschaftspartei	35 772
	755 084	Völkische u. Deutschsoz.	31 548
			872 310

Rimmt man an, daß alle Wähler des Zentrums und der Demokratischen Partei restlos mit Ja gestimmt hätten, so müssen immer noch 187 570 Wähler der Rechtsparteien mit Ja gestimmt haben. Das ist mehr als die Hälfte der Wähler, die alle Rechtsparteien am 7. Dezember 1924 gemustert haben. Trotz der wütenden und gemeinen Propaganda der Rechten. Sind diese 187 570 Rechtswähler auch „Räubervolk und Diebsgeißel“, wie die „Tägliche Rundschau“ schreibt?

Man versteht bei diesen Zahlen, daß der „Lokal-Anzeiger“ von „schweren Verlusten“ der Rechten spricht.

## Milderung des Republikstufgesetzes.

### Ein sozialdemokratischer Erfolg im Rechtsauschuß.

Der Rechtsauschuß des Reichstages beriet heute die Anträge verschiedener Parteien auf Abänderung des Gesetzes zum Schutz der Republik. Für die sozialdemokratische Fraktion forderte Genosse Rosenfeld die Beseitigung der Zuchthausstrafen bei Bildung geheimer Verbände, die sich gegen die Republik richteten oder Waffen besaßen.

Ab. Fried (Völk.) forderte die Aufhebung des ganzen Republikstufgesetzes. Abg. Barth (Dnat.) wünschte die Aufhebung der ersten Paragraphen, die sich gegen die Organisationen richten, welche Regierungsmitglieder durch Ermordung beseitigen wollen.

Genosse Rosenfeld: Es ist charakteristisch, daß gerade die Deutschnationalen die am meisten Bestimmungen beseitigen wollen, die zum Schutz

gegen politische Mörder gegeben seien. Abg. Barth: Das allgemeine Strafgesetzbuch genügt. Genosse Rosenfeld: Gerade, weil es nicht genügt, ist das Republikstufgesetz erlassen worden. Dr. Barth: Diese Bestimmungen sind nicht ein einziges Mal angewendet worden. Genosse Rosenfeld: Doch nur, weil nach der Ermordung Rathenaus die Ermordung eines Ministers nicht mehr vorgekommen ist. Es ist zwar nicht auffallend, aber interessant, daß die Deutschnationalen diese Bestimmungen beseitigen wollen. Die Deutschnationalen ziehen darauf ihren Antrag zurück. Bei der Abstimmung werden die Anträge auf völlige Aufhebung des Republikstufgesetzes gegen Deutschnationale, Völkische und Kommunisten abgelehnt. Der Antrag Rosenfeld auf Beseitigung der Zuchthausstrafe und auf Aufhebung des Zwanges zur Ausweisung von Ausländern bei Vergehen gegen das Republikstufgesetz wird angenommen. Durch die Annahme dieses sozialdemokratischen Antrages sind gerade die Bestimmungen des Republikstufgesetzes beseitigt, auf Grund deren so viele Kommunisten zu Zuchthaus verurteilt wurden.

## Kein Einheitskabinett Briand.

### Infolge der Weigerung Poincarés.

Paris, 22. Juni (Eigener Drahtbericht). Die Ministerkrise dauert nun bereits eine Woche und ist immer noch nicht gelöst. Niemand kann mit Sicherheit sagen, wann sie gelöst wird und ob Briand im Laufe des heutigen Vormittags sein Ministerium auf die Beine bringen wird. Diese neue Kombination Briands, die sich so leicht anließ, ist auf unvorhergesehene Schwierigkeiten gestoßen, von denen die größte in der Weigerung Poincarés besteht, Finanzminister zu werden. Trotz verschiedener Ansprachen mit Briand im Laufe des gestrigen Tages hat Poincaré auf seiner Weigerung verharret und es ist sehr fraglich, ob es Briand im Laufe der letzten Botsprechung heute vormittag gelingen wird, ihn umzustimmen. Poincaré soll insbesondere betont haben, daß er das Angebot ablehnen müsse, weil in der gegenwärtigen Situation ein Finanzminister auch Ministerpräsident sein und seine Ministerkollegen völlig beherrschen müsse. Außerdem könne er sich nicht entschließen, als Finanzminister das in Kürze vor das französische Parlament kommende Washingtoner Schuldenabkommen in der gegenwärtigen Form mit seinem Namen zu decken.

Wenn also Poincaré endgültig nein sagt, und der Senator von Korsika, Doumer, der aussichtsreichste Kandidat zu sein scheint, verliert das Ministerium Briand mit einem Schlag die Gloriole des „großen Ministeriums“, die ihm Briand durch Beirathung Poincarés mit den Finanzen so gern verliehen hätte. Das 10. Ministerium Briand würde sich dann in nichts von den früheren unterscheiden und sicher nicht den lärmenden Vorschlagsbeeren der reaktionären Presse entsprechen. Jene Lösung auf finanziellem Gebiete, die zur Stunde not tute, ist von Doumer nicht zu erwarten und das neue Ministerium Briand würde nur ein Ministerium der größten Mittelmäßigkeit sein. Das demokratische Frankreich hat im gegenwärtigen Augenblick alles andere als dieses erwartet

## Knüppel aus dem Sack.

### Der Maulrevolutionarismus der Kommunisten.

Die 15 Millionen Ja-Stimmen des Volksentscheides bedeuten eine gewaltige Verschiebung der innerpolitischen Kräfte. Die furchtbaren Erschütterungen der Inflationszeit hatten vorübergehend die Feinde der Republik bei den Wahlen zum Reichstag im Jahre 1924 in eine günstige Position gebracht. Die Gefahr eines gewaltigen Umsturzes ist zweifellos 1923 vorübergehend nahe gewesen. Und nach den Reichstagswahlen haben die Deutschnationalen eine Zeitlang hoffen können, auf dem Umwege ihrer Beteiligung an der Regierung ihre Ziele erreichen zu können. Auch nach ihrem Austritt waren die politischen Verhältnisse immer noch labil. Zweifellos wünscht die Deutsche Volkspartei nichts Schnelleres als ein neues Zusammengehen mit den Deutschnationalen, und das Zentrum konnte bei dem Widerstreit der Kräfte in seinen eigenen Reihen zu keiner Entschließung kommen. Der Ausgang des Volksentscheides hat unter diese Periode einen dicken Strich gemacht. Die 15 Millionen Ja-Stimmen, zu denen man noch Millionen hinzurechnen muß, die durch wirtschaftlichen Terror auf dem Lande an der Stimmenabgabe verhindert worden sind, zu denen man noch in diesem Zusammenhang — worauf die „Germania“ mit Recht hinweist — die Nein-Stimmen und die ungünstigen Stimmen hinzuzählen muß, zeigen, daß der Zug nach links durch das ganze Volk geht. Nicht nur das Zentrum wird durch die Abstimmung gründlich darüber belehrt, daß das Liebhäugeln mit den deutschnationalen Restaurationsgelüsten zur Katastrophe führen müßte.

Dieser gewaltige Erfolg, den kein einziges Organ der Rechten sich entziehen kann, ist erreicht worden, weil die Sozialdemokratie in diesem Kampfe die Führung übernommen hatte. Das ganze Geschwäre von dem angeblich drohenden Bolschewismus hat auf Millionen von Anhängern bürgerlichen Parteien keinen Eindruck gemacht, weil die Sozialdemokratie in ihrer ganzen Autorität sich für den Volksentscheid eingesetzt hat. Es ist interessant, zu sehen, daß der Erfolg der Abstimmung, abgesehen von den Terrorbezirken der Agrarier, auch da geringer gewesen ist, wo die Erinnerung an kommunistische Einflüsse in den Massen der Bevölkerung stärker haften geblieben ist. In Thüringen und Sachsen ist es an vielen Stellen nicht gelungen, die Mehrheit der Wahlberechtigten an die Urne zu bringen. In Hamburg, in Berlin dagegen hat eine gewaltige Mehrheit dem Volksentscheid zugestimmt. Diese Mehrheiten sind erreicht worden nicht wegen der kommunistischen Propaganda, sondern trotz der kommunistischen Versuche, aus dem Volksentscheid so etwas wie eine bolschewistische Parteiangelegenheit zu machen. Wer kann daran zweifeln, daß mit der kommunistischen Parole der „Einheitsfront“, wenn die Sozialdemokratie auf sie eingegangen wäre, Millionen Stimmen hätten verloren gehen müssen.

Die Kommunisten tun so, als ob sie das nicht sehen. Sie haben sich durch ihre Taktik soweit auf das demokratische Geleis vorgewagt, daß sie offenbar das Bedürfnis haben, im Interesse der Erhaltung ihrer Parteiorganisation einen gründlichen Rückfall in dem Bolschewismus zu vollziehen. Die „rote Fahne“ bringt heute die offiziellen Thesen ihres Zentralkomitees. Das kommunistische Schema ist wie immer sehr einfach, um nicht zu sagen simpel: 1. Die Demokratie hat verfallen. 2. Deswegen nehmen wir jetzt den Knüppel und errichten die Diktatur. Da das Wort „Diktatur“ doch nicht ganz opportun erscheint, spricht die „rote Fahne“ deswegen von der „Regierung der Arbeiter und Bauern“. Was das für ein Ding sein soll, wie und mit welchen Mitteln sie regieren soll, wird vorsichtshalber nicht einmal andeutungsweise gesagt. Die „rote Fahne“ wird wohl selber wissen, daß die 15 Millionen Befehrer des Volksentscheides diese neueste Parole der Kommunisten ebenso entschieden ablehnen wie die Ansprüche der Fürsten.

Die Kommunisten beweisen durch ihre neue Parole nur, daß sie nach wie vor vom putschistischen Denken nicht lassen können. In den Anfängen der Arbeiterbewegung hat es genug Leute gegeben, die gegen jede Beteiligung an parlamentarischen Wahlen waren. Wenn man nach Misserfolgen in der Führung der Arbeiterbewegung ebenso putschistisch gedacht hätte, wie man heute in der „roten Fahne“ noch denkt, dann hätte man sich auch hinsetzen und das „Versagen der Demokratie“ feststellen können. Das hat die Arbeiterbewegung nicht getan; sie ist trotz ihrer „Misserfolge“ ihren Weg gegangen und ist organisch von Jahr zu Jahr gewachsen, bis sie eine Macht geworden ist, die den gestrigen Beherrschern Deutschlands solche Verluste beigetragen hat, wie die Deutschnationalen sie jetzt bei ihren Betrachtungen über das Ergebnis des Volksentscheides selber feststellen müssen. Gewiß, der Volksentscheid hat nicht den vollen Erfolg gebracht, aber von einem „Versagen“ der Demokratie kann nur der reden, der den gewaltigen Vormarsch der Arbeiterbewegung, den ungeheuren moralischen Erfolg der republikanischen Sache und des freiheitlichen Denkens in den Massen der Bevölkerung nicht sehen will, oder ihn nicht sehen darf, weil seine Parteidoktrin ihm das nicht erlaubt.

Weil die Kommunisten zu kurzfristig sind, die geschichtliche Entwicklung zu verstehen, weil sie die gewaltige, im historischen Sinne wahrhaft revolutionäre Bedeutung dieser auf Freiwilligkeit und Ueberzeugung beruhenden Demokratisierung der Massen nicht verstehen, des-

wegen rufen sie zum Knüppel. Sie meinen natürlich das Schießgewehr. Es ist eine kleine, immerhin symptomatische „rechte Abweichung“, wenn das Schießgewehr sich bei ihnen vorläufig noch in den Knüppel verwandelt. Allen Ernstes verlangt die „rote Fahne“, daß jetzt „die 15 Millionen einen Knüppel nehmen“ müßten, dann würde die Arbeiterschaft ihr Ziel erreichen. Leider spricht die „rote Fahne“ nicht davon, daß möglicherweise auch noch andere Leute das Schießgewehr oder den Knüppel ergreifen könnten und daß bei einer solchen Entwicklung der Dinge die 15 Millionen sich sehr bald verflüchtigen würden. Gerade die großen „Marxisten“ im kommunistischen Lager müßten doch wissen, daß nicht nur Arbeiterwähler der bürgerlichen Parteien, sondern auch ausgesprochenes Bürgertum sich an der Abstimmung für den Volkentscheid beteiligt hat. Eine Verwandlung des demokratischen Kampfes gegen die Fürsten in einen kommunistischen Parteikampf würde nur der Rechten willkommen sein. In ihrem Lager herrscht Verwirrung. Diese Verwirrung wäre sofort überwunden, wenn man den kommunistischen Parolen folgte.

Rein, das kommunistische Rezept verfährt nicht. Gerade der gewaltige Erfolg des Volkentscheids auch in bürgerlichen Kreisen ist die beste Quittung für die sozialdemokratische Taktik. Ohne sie wäre es niemals möglich gewesen, einen so tiefen Einbruch ins bürgerliche Lager durchzuführen. Ohne die Taktik der Sozialdemokratie, die auf das Maulaufreißen verzichtet und dafür an der wirklichen Revolutionierung der Massen, an ihrer Erziehung zur freiheitlichen, demokratischen und republikanischen Gesinnung arbeitet, würden heute die Fürsten beim Volkentscheid wirklich gesiegt haben. Jetzt sind sie im wesentlichen geschlagen. Auf ihre politischen Ziele müssen sie endgültig verzichten und bei der materiellen Auseinandersetzung wird der Reichstag an den 15 Millionen Ja-Stimmen nicht vorübergehen können. Der Versuch zu einer solchen Taktik müßte unweigerlich zur Auflösung und Neuwahl führen.

Im Kampf gegen die Fürsten ist der erste große Erfolg errungen. Dieser Kampf ist noch keineswegs zu Ende. Er wird nur dann beendet sein, wenn der Reichstag dem Willen des Volkes Rechnung trägt. Wer in diese Auseinandersetzung durch neue Parolenfabrikation nur Wirrwarr trägt, dient nur der Fürstensache. Die kommunistischen Arbeiter sollten es sich dreimal überlegen, ob sie sich zu Werkzeugen der monarchistischen Reaktion gebrauchen lassen wollten. Die Arbeiterbewegung wird zur inneren Geschlossenheit nur kommen auf dem Wege der Demokratie, ebenso wie sie ihre Anziehungskraft auf alle anderen Schichten der Bevölkerung nur dann steigern kann, wenn sie überall das Vertrauen in ihre aufricht demokratische Haltung festigt, wenn jedermann weiß, daß die Arbeiterbewegung der feste Hort politischer Freiheit ist und bleibt.

### Ein kommunistischer „Erfolg“.

Bei der Betrachtung des Ergebnisses des Volkentscheids fällt auf, daß im Wahlkreis Chemnitz-Zwickau die Zahl der Ja-Stimmen um 36 222 hinter der Zahl der Entgegenungen für das Volksbegehren zurückgeblieben ist. Die beiden anderen sächsischen Wahlkreise haben die Zustimmung über das Ergebnis des Volksbegehrens hinaus gesteigert. Ueber die politischen Gründe dieser Erscheinung schreibt die „Chemnitzer Volksstimme“ u. a.:

„Es darf auch nicht übersehen werden, daß die kommunistische Partei viel weniger für den Volkentscheid als für ihre ganz besonderen Zwecke agitirte, daß sie hier in dem Fall, wo sie wirklich einmal den Beweis für die Ehrlichkeit ihrer „Einheitsfrontpolitik“ hätte erbringen können, nur ihre Eigenziele im Auge hatte und die ganzen letzten Wochen in der Hauptsache dazu benutzte, gegen die Sozialdemokratische Partei zu kämpfen, also der Sache der Fürstentum zu dienen. Auch das sollen und dürfen die Proletarier nicht vergessen!“

### Keine Fürstenräuber in Friedrichstal.

Ein Leser unseres Blattes schreibt uns aus Swinemünde: Bei Durchsicht des Eintragungsergebnisses zum Volkentscheid las ich, daß der Gutsbesitzer Friedrichstal mit einem — ein eingetragenen stand, d. h. niemand hatte sich zum Volkentscheid eingetragen. Da mir der Schalk im Nacken saß, machte ich mich bei einem „riefelnden Nah“ auf den einstündigen Marsch, um dort, mit meinem Stimmzettel bewaffnet, meiner Wahlpflicht zu genügen, damit Friedrichstal auch einen Fürstenräuber in seiner gebilligten Mitte zähle. Mit der „angeborenen“ Schlaueit der Fürstenräuber fand ich nach langem Suchen den geheiligten Amtsräum, um den Raub auszuführen. Doch — o Schreck — das Heiligthum des Gutsvorstehers, Herrn Forstmeisters von Bangelin, war leer. Erst nach geraumer Zeit erschien eine lebenswürdige Dame. Mein beschiedenes Verlangen, mein Stimmrecht auszuüben, wurde mit einem nonchalanten Lächeln quittiert: „Legen Sie nur Ihren Stimmzettel dort auf den Tisch, das andere wird schon noch vom Herrn Forstmeister besorgt.“ Ich war ungalant genug, dieser freundlichen Aufforderung nicht nachzukommen. Die schnippsche Ermüdung lautete: „Dann müssen Sie zum Herrn Forstmeister selber gehen.“ Auf mein Klingeln erschien ein Dienstmädchen.

Ich (nach der Begrüßung): Ich möchte meiner Wahlpflicht nachkommen.

Sie: Was heißt Wahlpflicht nachkommen?

Ich: Ich möchte zum Volkentscheid meine Stimme abgeben.

Sie: Was heißt Volkentscheid?

Ich: Ich möchte meine Stimme abgeben, denn heute ist Wahl, ob die Fürsten vom Volke 2½ Milliarden bekommen sollen oder nicht.

Sie: Das geht uns gar nichts an.

Da ich sah, daß der dienstbare Geist gut dressiert war, verlor ich die Geduld und verlangte nach dem Gutsvorsteher. Endlich kam die geheiligte Amtsperson in höchst eigener Persönlichkeit, und der Dialog wurde fortgesetzt:

Ich: Ich möchte im Stimmbezirk Friedrichstal meiner Wahlpflicht genügen.

Er: Tun Sie das bitte.

Ich: Dazu komme ich. (Da er keine Anstalten machte, von der Haustür fortzugehen): Soll das hier auf dem Hofe geschehen?

Er (nach einer kritischen Rüstung meiner Person von oben bis unten): Da müssen Sie nach Camminke zur Schule gehen.

Ich: Meines Wissens ist hier in Friedrichstal bei Ihnen der Stimmbezirk.

Er: Ja, wir haben aber unsere Wählerliste nach Camminke übergeschickt.

Ich: Ist das Ihre authentische Antwort als Gutsvorsteher?

Er: Ich bin der Gutsvorsteher, genügt Ihnen das?

Ich: Danke! Das genügt mir.

Und wiederum setzte ich mich unter dem Riesel des Regens

Neben den politischen Gründen scheinen auch technische Gründe vorzuliegen. Es fällt auf, daß im Wahlkreis Chemnitz die größte Zahl ungültiger Stimmen im ganzen Reich gezählt wurde. Wie die „Leipziger Volkszeitung“ berichtet, sind vielfach Stimmzettel, bei denen in dem Jahre seit des Kreuzes ein Ja geschrieben worden war, für ungültig erklärt worden. Die Zahl der ungültigen Stimmen in Chemnitz betrug 34 442. Die technischen Gründe können also den Rückgang um 36 222 Stimmen nur teilweise erklären — der Rest kommt auf das kommunistische Schuldkonto.

### Preussischer Landtag.

#### Beratung des preussischen Polizeietats.

Der Landtag begann seine erste Sitzung nach der Volkentscheidspause mit der Beratung des Polizeietats. Mit der Beratung verbunden wird die Besprechung einer kommunistischen Großen Anfrage, die unter Bezugnahme auf die Zusammenstöße beim Volkentscheid das Staatsministerium fragt, was es in Zukunft zu unternehmen gedenkt, um dem die Arbeiterschaft schwer bedrohenden bewaffneten Terror der monarchistischen Verbände wirkungsvoll entgegenzutreten und deren Entwaffnung durchzuführen.

Der kommunistische Abgeordnete Bartels sprach als erster Redner zum Polizeietat und begründete die kommunistische Anfrage.

### Monarchistenschwindel.

#### Lügen der „Deutschen Zeitung“ über die Polizei.

Das Sodenstern-Blatt behauptet, der ihm so verhaßte Polizeipräsident Dr. Friedensburg habe durch einen besonderen Erlaß die Entscheidung über die Haftentlassung aus politischen Gründen verhafteter sich selbst vorbehalten. In Wahrheit ist dieser Erlaß am 12. August 1925 ergangen, zu einer Zeit, wo Friedensburg eben Polizeipräsident war und der Erlaß mühte damals wegen der hakenkreuzerischen Ausschreitungen auf dem Kurfürstendam ergehen. Von zuständiger Stelle wird erklärt, daß die Entscheidung über die Haftentlassung der aus politischen Gründen Verhafteten selbstverständlich nicht jedem einzelnen Beamten überlassen sein kann, sondern dem Polizeipräsidenten oder, bei seiner Verhinderung, dem Vizepräsidenten vorbehalten bleiben muß. Nichts anderes bestimmt jener Erlaß. Wenn das Sodenstern-Blatt weiter behauptet, diese Verhafteten müßten eventuell den ganzen Tag in Haft sitzen, wenn keiner der beiden Präsidenten rechtzeitig erscheine, so steht demgegenüber fest, daß der Polizeipräsident bisher noch an keinem einzigen Dienstage später als um 10 Uhr vormittags seinen Dienst angetreten hat!

### Urbahns bleibt frei.

Der Geschäftsordnungsausschuß des Reichstags verhandelte heute über den Antrag des Generalstaatsanwalts in Hamburg, zuzustimmen, daß der kommunistische Reichstagsabgeordnete Urbahns zur Verbüßung der wegen des Hamburger Aufstandes von 1923 verhängten Festungstrafe von zehn Jahren — die durch Anrechnung der Unterjuchungshaft und eine Hamburger Amnestie auf 6½ Jahre zusammenschmolzen sind — in Haft genommen werde. Das Hamburger Oberlandesgericht hatte im letzten Herbst verfügt, Urbahns aus der Strafhaft zu entlassen, weil vom Reichstag nicht die Zustimmung zur Strafverbüßung eingeholt worden war.

Der Geschäftsordnungsausschuß des Reichstags beschloß entsprechend dem Antrag des Berichterstatters, Abg. Landsberg, mit allen gegen zwei deutschnationalen Stimmen (Vol. Hamburg und Sachs-Franken), den Antrag des Hamburger Oberstaatsanwalts abzulehnen. Abg. Urbahns bleibt also in Freiheit.

Wie's trefft. Dieselbe „Deutsche Zeitung“, die vor dem Volkentscheid wochenlang Stimmenthaltung predigte, schreibt jetzt Wahlpflicht aus — freilich für die Berliner Studentenwahlen. Das ist ein deutlicher Beweis für die Wahnhaftigkeit der hakenkreuzer und muß den Wahleifer der Linken aufs höchste ansprechen!

### England und Rußland.

#### Chamberlain verhindert den Bruch, den die Scharfmacher wollen.

London, 22. Juni (WTB.). Der politische Berichterstatter der „Westminster Gazette“ berichtet über die Meinungsverschiedenheiten im englischen Kabinett über die Frage der Beziehungen Englands zu Rußland, Lord Birkenhead und Churchill hätten auf einen Bruch mit der russischen Regierung gedrungen. Chamberlain, der, wie zuverlässig verlautet, mit seinem Rücktritt gedroht habe, wenn die Ansicht des Foreign Office unterliegen sollte, werde unterstützt u. a. von Baldwin, Balfour und Lord Cheffield.

### Heute Sejmung in Warschau.

#### Ernennung weiterer Minister, die der Linken stark mißfallen.

Am heutigen Dienstag tritt das polnische Abgeordnetenhaus zum erstenmal seit der Nationalversammlung, die den Staatspräsidenten gewählt hat, wieder zusammen. Die große Ermächtigungsvorlage kommt erst am 27. d. M., da die Verfassung gewisse Fristen für verfassungsändernde Gesetze vorschreibt. Für heute ist ein großes politisches Exposé des Finanzministers Klarner vorgesehen. Die Regierung hat beschlossen, die Frage der letzten Lesung des Budgetproposals als Vertrauensfrage zu stellen. Inzwischen wurden zwei neue Minister ernannt: Professor Staniewicz aus Wilna zum Minister für Agrarreform und Alexander Kaczinski aus Krakau zum Minister für Landwirtschaft. Beide Ernennungen werden von den Linken sehr ungünstig aufgenommen. Der neue Minister für Landwirtschaft hat vor einem Monat eine Broschüre „Wie der Gutsbesitzer sich gegen die Enteignung verteidigen soll“ herausgegeben!

### Politischer Mord in der polnischen Ostmark.

Warschau, 22. Juni. (Wib.) In Grodel im Kreise Komow wurde der ukrainische Führer Wladimir Osbiko, der seinerzeit Oberkommandierender der Truppen Petljuras war, durch einen Schuß durchs Fenster getötet. Die polnischen Blätter sprechen von einem kommunistischen Anschlag, obgleich die Spur des Täters bisher noch nicht entdeckt wurde. Osbiko gab die ukrainische Zeitung „Dzin“ (Der Tag) heraus und war Anhänger jeder Versöhnung mit Polen auf der Grundlage des Föderalismus.

### Das Komplott von Smyrna.

#### Kemal verhört die Verhafteten.

London, 22. Juni (WTB.). Die Morgenblätter befaßten sich in Telegrammen aus Konstantinopel eingehend mit dem Smyrnaer Komplott gegen das Leben Kemal Paschas. „Times“ zufolge befindet sich unter den im Zusammenhang mit der Ausführung des Komplottes Verhafteten der vormige Premierminister General Refat Pascha, der Führer der Opposition, General Kiazin Karabelir Pascha und General Ali Fuad Pascha. Der Konstantinopeler Korrespondent der Morning Post berichtet dazu: Offenbar ist Konstantinopel der Mittelpunkt der aufgedeckten Verschwörung. Der Anschlag auf das Leben Kemal Paschas sollte während des Aufenthaltes des Präsidenten in Smyrna von einem Abg. Zio Harschid Bey und einem Reserve-Offizier Hilmi Bey sowie zwei gedungenen Banditen ausgeführt werden. Bisher liegen im übrigen keine Beweise dafür vor, daß das Komplott die Wiederherstellung des Sultans bezweckte. Weiter wird aus Konstantinopel gemeldet, daß Kemal Pascha sich selbst nach Konstantinopel begeben hat, um die Verschwörer zu verhören. Es sollen bereits mehr als 200 Verhaftungen vorgenommen worden sein.

Abberufung eines unfolgsamen Gesandten. Der estnische Gesandte in Rostau, Birk, ist abberufen worden, da er den Beziehungen seiner Regierung nicht Folge geleistet hat; Birk ist bereits abgereist.

### Richard Sternfeld †.

Ein lieber, gütiger, wissender Mann ist mit Sternfeld dahingegangen, ein Mensch, der aus seiner herrlichen Begeisterung heraus wieder Begeisterung bei anderen weckte, der abseits von der Heerstraße der historischen Professoren sein Herz ganz offen hatte für die Kunst. Seit der Name Richard Wagner in Deutschland auftauchte, stand Sternfeld in den vordersten Reihen der Kämpfer. Seine Vorträge, Vorlesungen, seine Demonstrationen am Klavier wurden berühmt. In Wagner-Bereinen, zuletzt auch in dem akademischen der Berliner Universität, war er Seele und Triebkraft der Anregung. Bewußt, daß Rechte ein Fanatismus im Erklärerum, das die Zeit spurlos am Kolof Wagner vorüberbränden ließe. Aber es war auch Reinheit der Gesinnung, Treue, Wahrhaftigkeit, die im Glauben an den „Meister“ fest blieb. Bayreuth — seine Aufgaben, Ziele, Herrlichkeiten: noch jetzt war es sein Evangelium. Sternfeld kämpfte gegen das nachwagnerische Kunstwerk (Strauß und die Modernen), auch gegen Brahms und Mahler, aber für Wolf und Bruckner mit den Waffen eines mit dem Handwerk Vertrauten. Seine Vertrautheit mit Wagner beweißen viele Aufsätze in Zeitschriften, erweisen auch die bekannten Bücher „Beethoven und Wagner“, „R. Wagner und die Bayreuther Festschritte“, „Aus R. Wagners Pariser Zeit“. Der Philologe tötete dabei niemals den Künstler ab, und so konnte es nicht wundernehmen, wenn Sternfeld trotz des einseitigen Betonens Wagnerischer Bühnentun sich begeistert auch anderen musikalischen Interessen zuwandte. Jahrzehnte war er Vorsitzender im Chor des ihm freundschaftlich verbundenen Siegfried Chors. Er schrieb die Geschichte des Philharmonischen Chors. Und in den Ruhestunden komponierte er. Ein Quartett, eine (von mir uraufgeführte) Kantate auf einen Text der Waldhilde v. Wefendonk, Bühnenmusik zu „Hanneles Himmelfahrt“ zeigen eine für Sangbares, Frischmelodisches, Gefühltes starke Erfindungsgabe. Zu allen Musikern, die in den letzten 30 Jahren in Deutschland von sich reden machten, hatte Sternfeld persönliche Beziehungen. Er war kein Mitgeber und Nachsprecher, sondern ein eigener, freier, besinnlicher, offener Kopf. Er dürfte persönlich keine Feinde gehabt haben. Ein herrlicher Mann und Kämpfer ging von dieser Erde fort —, uns aber war er mehr! Kurt Singer.

„In der Volksbühne findet als nächste Uraufführung eine musikalische Komödie in 3 Akten „Parader läßt sich reden“ von Hermann Friedl und Emil Kameau (nach einer alten Fabel) statt. Die Musik ist von Friedrich Holländer.

Musikchronik. Emil Sahnke ist als Nachfolger von Viktor Friedl vom Berliner Sinfonie-Orchester als ständiger Dirigent verpflichtet worden. Er wird außer den händigen Konzerten im Laufe der Saison einen Zyklus von 10 großen Rittmoos-Sinfonie-Konzerten leiten.

Ein Neuerwerb von Peter Diller, dem berühmten Nürnberger Organisten, ist auf einer Pariser Auktion für das Bayerische Nationalmuseum in München erworben und damit für Deutschland zurückgewonnen worden. Es handelt sich um eine 22 Zentimeter hohe Bronzegruppe, die selber vergoldet gewesen ist und die den Kampf zwischen Orpheus und Antäus darstellt.

Russische Ehreung eines deutschen Gelehrten. Die makro-biologische Gesellschaft in Leningrad ernannte den Geheimrat Professor Dr. Uhlenhuth in Freiburg i. Br. zu ihrem Ehrenmitglied.

in Marsch. Nach einer weiteren halben Stunde stand ich im Wahllokal von Camminke. Meine Mitteilung, daß ich im Stimmbezirk Friedrichstal meine Stimme abgeben möchte, wurde höflich beantwortet: einen eigenen Stimmbezirk Friedrichstal gebe es nicht, denn die Wähler der Gemeinde Friedrichstal wären mit denen der Gemeinde Camminke vereinigt. Nach Prüfung meines Stimmzettelnes tat ich meine Pflicht. Etwas verstimmt darüber, daß die Gemeinde Friedrichstal nun doch keinen Fürstenräuber aufzuweisen habe, trat ich den Rückmarsch nach Swinemünde an. Aber der lange Weg war dennoch nicht umsonst gewesen. Wenn es auch in Zukunft im Guts- und Forstbezirk Friedrichstal keinen deutschen Schandbürger gibt, der sich an beabsichtigten Fürstenraub beteiligt hat, so habe ich doch die Genugtuung, einer alten, schwergeprüften deutschen Mutter den letzten Zweifel genommen zu haben, wie sie abzustimmen hat. Leider bin ich nicht in der Lage, die Worte des Mütterchens in ihrer Rundart wiederzugeben.

Sie: Junger Herr gestatten Sie mir eine Frage?

Ich: Bitte, Mütterchen?

Sie: Heute sind es zehn Jahre (und die Tränen begannen an dem vergrämten Gesicht herabzuliegen), daß mein Sohn gefallen ist. Er wurde krank, als er im Urlaub hier war, und als der Urlaub abgelaufen war und er krank fort wollte, daß ich ihn, doch erst gesund zu werden. Aber er ließ sich nicht halten, und lachend sagte er: Mutter, es ist Krieg, ich muß mein Vaterland verteidigen. Kaum eine Woche später erhielt ich die Nachricht, daß mein Junge gefallen sei. Ich habe bitterlich geweint, aber sein letztes Wort: „Ich muß meine Pflicht tun“ ist mir in Erinnerung geblieben, meine Pflicht will ich auch heute tun. Man hat mir gesagt, ich soll mein Kreuz in „Ja“ machen. Guter Herr, das will ich nicht, denn ich will nicht, daß der Ausgerissene mein letztes Krieg! Sagen Sie mir, wie muß ich stimmen, damit der hohe Herr, für den mein Sohn vor zehn Jahren sterben mußte, nicht meinen letzten Pfennig bekommt?

Ich: Mütterchen, Sie müssen tatsächlich Ihr Kreuz in den „Ja“-Kreis machen.

Als mich staunend und mißtrauisch verweinte Augen anfaßen, machte ich der schwergeprüften Frau verständlich, daß sie und warum sie ihre Stimme mit „Ja“ abgeben mußte.

Ich gab ihr dann meinen „Volksboten“, zeigte auf das Wort „Sozialdemokratisches Organ“ und fragte, ob sie die Bedeutung dieses Wortes kenne. Ein dankbarer Blick aus hellen Augen traf mich. Sie: Sind Sie ein Sozialdemokrat, ich meine ein Aoter?

Als ich nickend bejahte, ergriff sie impulsiv meine Hand, drückte diese herzlich, und dann kam es freudig über ihre Lippen: Nun weiß ich, wie ich stimmen muß. Nun mach' ich das Kreuz in das „Ja“.

Wir nahmen Abschied; tief erschüttert ging ich meines Weges. Mögen alle Mütter, die ihr Kind dem Ausgerissenen geopfert haben, mögen alle Frauen, die der unglückselige Böckermord den Mann, den Kindern den Vater entrissen hat, so handeln wie diese schwer geprüfte Frau, dann ist uns für die Zukunft nicht bange.

## Rosen.

Der ständig niederströmende Regen mag jeder gern viel Wasser schluckenden Rosenpflanze bekommen sein. Der zur Entfaltung kommenden Blüte schadet der Regen und die durch ihn verursachten Schmutzsprüher sehr. Nun kann man wohl von der Blütenhülle ein paar äußere Blätter abtrennen, aber schöner wird die Blüte durch diese Prozedur nicht. Auch der harte Nachwinter hat in den Rosenanlagen Schaden angerichtet, mancher Trieb ist erstorben. So sind wir denn weit entfernt von dem tiefsten Abgrunde des Preisstandes: das ganze Duzend 10 Pfennig. Stieg da kürzlich ein älterer Herr in den Straßenbahnwagen mit zwei blaßrosa Rosen in der Hand, nachlässig in braunes Packpapier gewickelt. Glücklicher Besitzer eines Gartens, der die eigenen Blumen für irgend jemand Liebes geschnitten hatte. Der Duft erfüllte den ganzen Wagen, jeder schnupperte ihn an. In dem Wagen sah wohl ein halbes Duzend junger Mädchen, aber keines hatte irgend etwas nach Blumen Aussehendes aufzuweisen. Moderne Jugend, die abseits steht von dem, was die Natur in verschwenderischer Fülle bietet. Die Rose ist bekanntlich die beste Blume für den persönlichen Schmuck. Sie ist nicht steif, wie andere Sommerblumen; ein fingerlanger Stiel genügt, um das Anheften an Bluse und Kleid zu ermöglichen. Sicher ist sie, so an einem heißen Tage getragen, ziemlich vergänglich, aber wollen wir denn mehr von einer Blume verlangen, als daß sie für ein paar Stunden duftet und Augenfreude um uns verbreitet? Gerade daß ein einziges Exemplar so viel ausstrahlt, ist der Vorzug der Rose, man braucht sich nicht mit einem ganzen Busch zu schleppen. Mögen die kommenden Wochen von Sonnenschein durchleuchtet sein — erst dann entfaltet die Rose ihre köstlichen Eigenschaften in verschwenderischer Fülle.

## Im Kokainrausch.

### Vor dem einfahrenden Hochbahnzug gesprungen.

Zu einer aufregenden Szene kam es heute früh gegen 8 1/2 Uhr auf dem Hochbahnhof Bülowstraße. Den auf dem Bahnsteig wartenden Fahrgästen fiel eine Frau auf, die hin- und her schaukelte, gestikuliert und mit sich selbst sprach. Man nahm aber an, daß sie zu tief ins Glas gesehen hatte und kümmerliche sich nicht weiter um sie. Als der Zug von Rollendorfsplatz heran kam, trat sie dicht an die Bordwand heran. Ein Hochbahnbeamter sah sie pflichtgemäß am Arm und zog sie von der gefährlichen Stelle zurück. Die Frau lehnte sich zur Wehr, packte den Beamten, sprang auf das Geleise hinab und rief ihm mit sich. Der Fahrdienstleiter, der den Vorgang beobachtet hatte, machte sofort die Straße freim. Auch der Führer des einfahrenden Zuges hatte die Gefahr erkannt und konnte rechtzeitig den Zug zum Stehen bringen. Der Beamte und die Frau wurden auf den Bahnsteig hinausgezogen. Da die Frau leichte Hautabwühlungen davongetragen hatte, brachte man sie nach der Rettungsstelle. Hier stellte der Arzt fest, daß sie die Ausschüttung unter der Nachwirkung übertriebenen Kokaingenusses begangen hatte. Sie wurde festgenommen als eine 33 Jahre alte Filmschauspielerin Ottile W. aus der Jähringer Straße.

## Der Kampf um die Volkskirche.

### Für innere Ehrlichkeit und innere Freiheit.

Zu einer großen öffentlichen Protestkundgebung gegen die systematische Schikanierung des Genossen Pfarrer Bleier von der Trinitatiskirche in Charlottenburg durch die Kreissynode Friedrichswerder II und den Superintendenten Raaf hatten am Montagabend die Vereinigung der Freunde von Religion und Völkerrfrieden, der Bund religiöser Sozialisten, die Gewerkschaft sozialistischer Theologen und die Fraktion sozialistischer Vertreter in den christlichen Körperschaften Groß-Berlins in die Schulaula Knebelstraße 24 aufgerufen. Die Aula war beängstigt bis in den letzten Winkel gefüllt, auf den Treppen stauten sich Hunderte und aber Hunderte, so daß auf den Gängen zwei im provisorische Parallelschlangen abgeholt werden mußten. Der erste Redner, Genosse Adolf Grimme-Charlottenburg von der Vereinigung der Freunde von Religion und Völkerrfrieden wandte sich unter dem stürmischen Beifall der Versammelten gegen die systematischen Versuche der kirchlichen Reaktion, die Volkskirche zu untergraben. Die wenigen republikanischen Pfarrer bekämpft man mit einer Skrupellosigkeit sondergleichen bis auf Messer. Die Kanzel wird zu monarchistischen Agitationen mißbraucht. Die Orthodoxie, die uns politischen Fanatismus vorwirft, hätte wahrlich allen Grund, sich an die eigene Brust zu schlagen. Wir stehen wie ein Mann hinter Pfarrer Bleier und werden alle Versuche, ihn durch biszipinaren Vorbeugen lahmzulegen, aus entschiedenstem bekämpfen. Die Landtagsabgeordnete Genossin Dr. Hildegard Wegscheider betonte, daß die Grundprinzipien des Christentums, innere Ehrlichkeit und innere Freiheit, von den orthodoxen Dogmatikern täglich mit Füßen getreten wurden. (Stürmische Zustimmung.) Die Kirche von heute kennt keine lebendigen Probleme mehr, sondern nur noch Intoleranz und erstarrte Formalität. Ein Terror ohne gleichen hat gegen die freikirchlichen Pfarrer eingeleitet. Die kirchlichen Instanzen von heute stützen sich auf das Ungeheuerste, was es gibt: auf militaristisch-monarchistischem Tand und äußere Macht. Volkstreu sind sie bis zum äußersten, dafür war das volkstümliche, monarchienfreundliche Verhalten der Synode beim Volksentscheid ein trauriges Beispiel. Das 7. Gebot hat man mißbraucht, um die verderblichen, unchristlichen Forderungen der Fürsten zu legalisieren. Den Kircheninstanzen fehlt jegliches Verständnis für die Not der Millionen hungernder Volksgenossen. Die Fürstenmilliarden, die dem Volke gehören, weil sie ihm geraubt wurden, sollen neuer Kriegsbeute, neuen Intrigen gegen Republik und Volk dienen. Wir sind der letzte Verbindungsfaden zwischen dem mit Recht verärrtem Volk und dem wertvollen Kern der Religiosität. Industrieherrn im Bunde mit den Kirchenherren und den militaristischen Diktatoren. Das war die empörende Dreieck, die uns der Kampf um den Volksentscheid bot. (Starker Beifall.) Reichstagsabgeordneter Genosse Tempel übermittelte den Anmelde- und die Sympathie der sozialdemokratischen Fraktion zum Kampf gegen die kirchliche Reaktion. Es sprachen dann noch Genosse Pfarrer Schmidt (Gewerkschaft sozialistischer Theologen) und Zippel (Referent der Fraktion sozialistischer Vertreter in den kirchlichen Körperschaften Groß-Berlins). Eine Entschlüsselung wurde von den Tausenden gegen eine Stimme angenommen, in der es heißt:

„Die unter dem Thema: Kirche — Volksentscheid — Fall Bleier einberufene überfüllte Volksversammlung legt nachdrücklichen Protest ein gegen die Verhöhnung von Pfarrer Bleier durch die Kreissynode Friedrichswerder II. Sie erblidet in dem Vorgehen der Kreissynode gegen Pfarrer Bleier den Beweis dafür, daß die offizielle Kirche wohl schöne Worte für das Volk hat, aber Pfarrer, die tatsächlich auf Seiten des Volkes stehen, als Republikaner und Sozialisten schikaniert und versem.“

## Platz für die Fahrgäste!

Die Schmutzigkeit, in den belebten Straßen und an Marktplätzen während des Winters, an den Haltestellen der elektrischen Bahn beiseite zu können, ruft in der Bevölkerung berechtigten Ärger hervor. Denn kaum hat man, wenn der erwünschte Wagen herbeikommt, den Fuß auf den Strahndamm gesetzt, so kommen die Autos, Taxicabs und andere Gefährte heran und trotz größter Aufmerksamkeit ist es nicht möglich, die Elektrische zu erreichen. Man würde unfehlbar unter eins der Befehle geraten. Und da einem sein Leben lieb ist, so geht man auf den Bürgersteig zurück und wartet ungeduldig auf den nächsten Wagen der gleichen Linie. Aber beim zweiten und selbst dritten Wagen kann es einem unter Umständen noch einmal so

# Fleischvergiftungen in Kalkberge = Rüdersdorf.

## Über 100 Erkrankungen. — Wo stammt das Fleisch her?

Durch die Nachforschungen der Behörden ist zunächst einmal festgestellt worden, daß entgegen anders lautenden Meldungen, das betreffende Kind nicht auf dem Berliner Vieh- und Schlachthof geschlachtet worden ist. Der Großschlächter Güntel aus Friedrichshagen hat vielmehr das Fleisch erst von einem anderen Händler erstanden und dann in der Berliner Fleischgroßmarkthalle zum Verkauf gebracht, wo auch die Gebrüder Gembuh aus Kalkberge jenes Rinderviertel erworben haben. Angeblich soll diese Kuh in Schönfließ in der Mark geschlachtet worden sein, doch steht das noch nicht ganz fest. Nach Mitteilung des zuständigen Tierarztes in Kalkberge soll der übliche Fleischbeschaukempel auf jenen Fleischteilen nicht erkennbar gewesen sein. Aus dieser auffeherregenden Feststellung geht das eine jedenfalls mit voller Deutlichkeit hervor, daß der Ursprung des Fleisches zweifelhaft und fragwürdig ist. Die wichtigste Aufgabe der Polizei wird also sein, so schnell wie möglich den Ort der Herkunft des vergifteten Fleisches und den Tag der Schlachtung zu ermitteln und festzustellen, durch wieviele und durch welche Hände das Fleisch gegangen ist.

Die Zahl der Personen, die in den Ortschaften Kalkberge, Rüdersdorf und Tasdorf nach dem Genuß von rohem Schabefleisch erkrankt sind, hat sich nach den neuesten Feststellungen auf über 100 erhöht. Während der größte Teil der leichten Erkrankungen in ihren Wohnungen verbleiben konnten, allerdings unter fortlaufender ärztlicher Behandlung und Beobachtung, wurde die aus drei Personen bestehende Arbeiterfamilie Offeri in das Kreiskrankenhaus überführt. Im Laufe des gestrigen Tages mußten zwei weitere Personen, und zwar der Schiffer Kilian, der dort mit seinem Kahn liegt, sowie dessen Braut, Fräulein Schüller, die beide gleichfalls nach dem Genuß des Fleisches erkrankten, in das Krankenhaus überführt werden. Nach den uns gewordenen Informationen ist der Krankheitsverlauf im allgemeinen normal, lediglich bei einigen Personen waren im Laufe der Nacht hohe Temperaturen und starke Brechdurchfälle zu verzeichnen.

Lebensgefahr besteht nur bei drei Personen. Der Laden des Fleischers Gebrüder Gembuh wurde noch im Laufe des gestrigen Tages durch die Polizei geschlossen. Erst nach erfolgter Desinfektion des Ladens und eingehender Untersuchung durch einen Tierarzt, der während des ganzen Tages in Kalkberge weilte, wird entschieden werden, ob die Fleischerei weiter geschlossen bleibt. Der Rest des vergifteten Fleisches ist vernichtet worden. Auch bei den Erkrankten, die sich in ihren Wohnungen befinden, wird eine genaue Desinfektion erfolgen.

Es steht jetzt einwandfrei fest, daß alle Erkrankungen durch Genuß von rohem Schabefleisch erfolgt sind. Übertragungen bzw. Infektionen sind bisher noch nicht zu verzeichnen.

gehen. Besonders schlimm ist das Einsteigen an Haltestellen, die an Marktplätzen liegen, z. B. am Winterfeldplatz. In der Hauptstadt der Ordnungsgemeinschaft Bayern und in vielen anderen Städten lautet die erste Verkehrsverordnung, daß jedes Fahrzeug an Straßenbahnhaltestellen bei Herannahen der Bahnen zu warten hat, bis die Fahrgäste eingestiegen sind. Sollte eine solche Vorschrift für eine Weltstadt nicht noch viel notwendiger sein als für die Provinzstadt?

## Die Kinderleiche im Koffer.

### Nach vier Jahren auf dem Hängeboden gefunden.

Einen grauenhaften Fund machte gestern Abend eine Frau in dem Hause Kurfürstenstr. 7. Vor etwa vier Jahren wurde sie von einer hausangestellten Frieda W. gebeten, einen Koffer in Verwahrung zu nehmen. Man stellte den Koffer auf den Hängeboden über der Toilette, und bald darauf reiste die Frau für längere Zeit ab. Als sie zurückkehrte, fiel ihr ein unangenehmer Geruch auf, von dem sie aber glaubte, daß er aus dem lange nicht benutzten Toilettenraum käme. Da er sich nach gründlichem Lüften verlor und sich in der Folgezeit auch nicht wieder bemerkbar machte, so dachte die Frau nicht mehr daran. Gestern wollte sie auf dem Hängeboden etwas unterstellen und war nicht wenig erschauert, den Koffer der W. immer noch dort stehen zu sehen. Sie hatte gar nicht mehr daran gedacht. Als sie ihn öffnete, fand sie darin in Wäschebeutel fest eingewickelt die mumifizierte Leiche eines Kindes, das unmittelbar nach der Geburt in den Koffer gelegt worden war. Nachdem sie sich von ihrem Entsetzen erholt hatte, erstattete sie Anzeige bei der Kriminalpolizei. Der Koffer mit der Leiche wurde beschlagnahmt und die Fahndung nach der Mutter aufgenommen.

## Das musikalische Haus und der hellhörige Kreisarzt.

Im Erdgeschoß des Hauses Scharrenstraße 11 zu Charlottenburg befindet sich ein Café, das zu nächstlicher Stunde seine Gäste durch Klavierspiel und allgemeinen Gesang zu unterhalten pflegt. Der durch diese musikalischen Leistungen verursachte Lärm ist so stark, daß die Hausbewohner sich wiederholt genötigt sahen, polizeiliche Hilfe in Anspruch zu nehmen. Der Inhaber eines neben dem Café gelegenen Ladens mußte, weil er und seine Frau mit ihren Kindern am Zusammenbrechen waren, sein Geschäft billig veräußern. Als das Café durch Verkauf in andere Hände überging, wurde trotzdem die Konzession mit Rußl usw. wieder bis 1 Uhr erteilt. Die neue Inhaberin des Cafés stand im März d. J. als Angeklagte wegen ruhestörender Lärms vor dem Schöffengericht. In der Verhandlung gab sie an, das Haus sei so leicht gebaut, daß der Lärm, d. h. das Klavierspiel und der „Gesang“, durch alle darüber liegenden Etagen dringen müsse. Die Dame wurde wegen ruhestörender Lärms verurteilt und der ruhestörende Lärm ging weiter. Er dringt in den über dem Café gelegenen Wohnungen bis in die vierte Etage, stört die Nachtruhe und schädigt die Gesundheit und Arbeitsfähigkeit der Bewohner. Unter diesen befinden sich schulpflichtige Kinder, die bis 1 Uhr nachts am Einschlafen gehindert werden. Beschwerden beim zuständigen Polizeirevier blieben ohne Erfolg. Als einer der Hausbewohner am 21. Februar in später Nachtstunde beim Revier anrief, erhielt er den Bescheid, er solle sich bei einer höheren Stelle beschweren, da die Beschwerden bei der Polizei nichts gebracht hätten. Ein anderes Mal wurde ihm der Rat gegeben, sich „eine andere Wohnung zu suchen“. Schließlich wandten sich die Inhaber der vier über dem Café gelegenen Wohnungen direkt an den Berliner Polizeipräsidenten. Am 5. Mai erhielten sie folgenden Bescheid:

„Ihrer Beschwerde vom 29. März d. J. über das Lokal Telfendorf, Scharrenstraße 11, ist alsbald genauestens nachgegangen worden. Das Ergebnis gibt indessen, mindestens zurzeit, keine Handhabe zum polizeilichen Einschreiten. Nach dem Gutachten des Kreisarztes vom 27. April 1926 gehen die durch das Musikmachen verursachten Ruhestörungen nicht über das übliche und unvermeidliche Maß hinaus, so daß eine öffentliche und damit polizeilich verfolgbare Ruhestörung nicht vorliegt. Die Inhaberin ist außerdem bereit, durch eine an der Rückwand des Klaviers befestigte Decke den Schall zu dämpfen. Unter diesen Umständen kann ich zu meinem Bedauern nur ergebnislos anheimstellen, gegebenenfalls den Weg der Privatklage zu beschreiten.“

Nicht nur im Interesse der Bewohner des Hauses Scharrenstraße 11, sondern auch im öffentlichen Interesse wäre es von Nutzen, zu erfahren, auf welchen Wegen die Polizei der Beschwerde „ge-

Vom Landrat des Kreises Niederbarnim ist angeordnet worden, daß von den Angehörigen der Fleischfamilie der menschliche Abgang zur Untersuchung eingeliefert wird, um auch von dieser Seite aus ganz sicher gehen zu können. Die Schuldfrage ist noch immer nicht einwandfrei geklärt, und es sind die Ermittlungen nach allen Seiten hin im Gange.

## Das bisherige Untersuchungsergebnis.

Die von den zuständigen Behörden eingeleitete Untersuchung hat bereits zur Feststellung der Ursache der Fleischvergiftungen in Kalkberge-Rüdersdorf geführt. Das Staatliche Veterinär-Untersuchungsamt in Potsdam, dem die in Kalkberge beschlagnahmten Fleischstücke aus dem Laden der Gebrüder Gembuh zur Prüfung zugelandet worden waren, hat durch bakteriologische Untersuchung sowohl in den Resten der in Berlin gekauften Rinderleuse wie auch in dem daraus hergestellten Schabefleisch den sogenannten Gärner-Bazillus (Bazillus Enteritidis Gärner) festgestellt, der zur Paratyphus-Enteritis-Gruppe gehört. Das Vorhandensein dieser Bazillen deutet auf die Möglichkeit hin, daß das betreffende Schlachttier krank war, andererseits kann damit aber auch gerechnet werden, daß dieser Bazillus auf irgendeinem Wege nachträglich auf das betreffende Rinderviertel gelangt ist. Von dem Veterinär-Untersuchungsamt wird dabei betont, daß das Vorhandensein dieser Fleischvergiftungserreger lediglich auf bakteriologischem Wege erkannt werden könne, daß das Fleisch in Aussehen und Geruch sich im übrigen von dem gesunden Tiere in keiner Weise unterscheidet. Aus diesem Grunde könne man bisher auch noch nicht von irgendeiner Schuld, sei es bei dem Schlächtermeister in Kalkberge oder bei dem Berliner Großschlächter, sprechen. Alles weitere müsse die polizeiliche Untersuchung des Voralles ergeben.

Auf diese Feststellungen des Veterinär-Untersuchungsamtes hin sind von der Berliner Sanitäts- und Veterinär-Polizei sofort die notwendigen Schritte eingeleitet worden. Da damit gerechnet werden muß, daß der Großschlächter Güntel aus Friedrichshagen, der den Gebrüder Gembuh diese Rinderleuse verkauft hat, die übrigen Teile des betreffenden Schlachttieres an Berliner Abnehmer abgegeben hat, soll zunächst versucht werden, dieses Fleisch nach Möglichkeit sicherzustellen und einen Weiterverkauf zu verhindern. Da die Abgabe im Engroßhandel allerdings schon am letzten Sonnabend erfolgte, erscheint es zweifelhaft, ob in Ladengeschäften noch Stücke des betreffenden Fleisches gefunden werden können. Es ist demnach nicht unwahrscheinlich, daß auch in Berlin sich noch einige Krankheitsfälle durch Genuß von Fleisch dieses Tieres ereignen, doch kann zur Beruhigung der Verbraucher betont werden, daß diese Wahrscheinlichkeit verhältnismäßig gering ist, da ernstlichere Erkrankungen nur bei Genuß von rohem Schabefleisch eintreten können. Außerdem besteht, wie bereits oben angedeutet, die Möglichkeit, daß die Krankheitserreger erst nachträglich gerade auf die nach Kalkberge verkaufte Reule geraten sind und daß so die Fleischvergiftungen auf Kalkberge-Rüdersdorf beschränkt bleiben.

nauestens nachgegangen“ ist, und vor allem, wie das Gutachten des Kreisarztes zustande kam. Dieser Kreisarzt muß ein ungewöhnlich hellhöriger Beamter sein. Ist er doch fähig gewesen, die Wirkungen des nächtlichen Lärms sachverständig zu begutachten, ohne sich in eine der davon betroffenen Wohnungen zu begeben. Wenn hier nicht übernatürliche Kräfte im Spiel gewesen sind, bleibt die Sache unfasslich. Unfasslich für normal begabte Intellekte bleibt auch die Ansicht des Kreisarztes, daß Ruhestörungen, unter denen die Gesundheit zahlreicher Hausbewohner leidet, „nicht über das übliche und unvermeidliche Maß“ hinausgehen. Die Deffektivität hat aber auch ein Interesse an der Beantwortung der Frage, weshalb gegen einen Betrieb nicht eingeschritten werden kann, der sich wiederholt Ueberstreichungen der Polizeistunde hat zuschulden kommen lassen und dessen Inhaberin wegen ruhestörender Lärms bereits bestraft worden ist, und auf Grund welcher Ermägungen diesem Betriebe bei besonderen Gelegenheiten noch eine Verlängerung der Polizeistunde über 1 Uhr nachts hinaus bewilligt wird.

Wir empfehlen dem Polizeipräsidenten dringend, in eine nochmalige sehr gründliche Untersuchung des geheimnisvollen Falles einzutreten. Vielleicht, daß dabei Dinge zutage kommen, deren Abstellung nicht nur im Interesse der unerträglich geplagten Hausbewohner, sondern auch in dem der Behörde selber liegt.

## Das Opfer der Wannsee-Parade vom „Roten Kreuz“.

Die Leiche des Schülers Jähnte, der bei der vom Roten Kreuz auf dem Wannsee veranstalteten Parade sein Leben einbüßte, ist bald nach der Auffindung obduziert worden. Den Verzeihen gilt als erwiesen, daß Jähnte nicht einem Herzschlag erlegen, sondern ertrunken ist. Die Feststellung ist wichtig für die Frage, wen die Schuld an dem Tode des Kindes trifft. Mit der Ausrede, daß bei einem Herzschlag selbst die besten Sicherheits- und Rettungsvorkehrungen versagen, ist nun nichts mehr zu machen. Die Untersuchung darüber, wem die Schuld ausgedrückt werden muß, ist inzwischen weitergegangen. Als Beweis mittel hat man auch den Film herangezogen, der bei der Parade gedreht wurde, und später als Reklame für das Rote Kreuz verwendet werden zu können. Vertreter der Kriminalpolizei und der Staatsanwaltschaft haben sich diesen Film vorführen lassen, um aus ihm den Verlauf der verhängnisvollen Sanitätsübung zu erfassen.

## Explosion in einer Kölner Teerfabrik.

### Chemische Fabrik Beer niedergebrannt. — 3 Arbeiter getötet.

Ein Großfeuer brach am Montag nachmittag, kurz nach 6 Uhr in der Chemischen Fabrik S. C. Beer & Söhne, in dem Köln benachbarten Ralscheuren durch die Explosion einer Teerblase in der Teerdestillation aus. Obgleich die Feuerwehren der ganzen Umgebung sofort herbeieilten, brannte die Fabrik vollkommen nieder. Die explodierte Teerblase wurde weit über den Bahndamm geschleudert. Ein Heizer, der die Teerblase anblies, ist bis jetzt noch nicht aufgefunden worden. Er hat wahrscheinlich den Tod in den Flammen gefunden. Sämtliche Telephon- und Telegraphenleitungen der Eisenbahn und Post, sowie die Signaleinrichtungen am Bahndamm wurden zerrissen bzw. zerstört. Der Brand hat drei Tote und einige Schwerverletzte gefordert, außerdem erlitten mehrere Arbeiter durch umherfliegende Splitter leichtere Verletzungen.

## Familientragödien.

Eine furchtbare Familientragödie wird aus Waltersdorf in Sachen gemeldet, wo der 39jährige Zeichner Gustav Arnold seinen beiden vier und sechs Jahre alten Kindern mit einem Rasiermesser die Kehle durchschnitt und sich dann selbst entleibte. A. beging die Tat während der Abwesenheit seiner Ehefrau, mit der er in gutem Einvernehmen lebte. Seit längerer Zeit war Arnold jedoch arbeitslos, so daß er zu der Verzweiflungstat schritt. — Eine weitere entsetzliche Tragödie spielte sich in der Ortschaft Obermühlen an der österreichischen Grenze ab. In einem Wutanfall, nach einem heftigen Streit mit seinen Familienangehörigen, griff der Holzhändler Strindl zur Art und hieb damit auf seinen dreizehnjährigen Sohn und auf seine neunjährige Tochter sinnlos ein und tötete beide. Der Täter, der sich, was er angerichtet hatte, beging darauf Selbstmord.

# Gewerkschaftsbewegung

## Verbandstag der Buchdrucker.

Die heutige Vormittagsführung.

Der Verbandstag trat heute nach der Befragung der zahlreichen eingegangenen Begründungstelegramme in die Aussprache über den gestern gegebenen Geschäftsbericht ein. Zu der organisatorischen und agitatorischen Tätigkeit des Verbandsvorstandes äußerten sich die meisten Diszussionsredner in zustimmendem Sinne. Einen großen Teil der Vormittagsdebatte nahm

### der Verbandshausbau

ein. Alle Redner äußerten ihr Befremden darüber, daß die veranschlagte Bauumme ganz erheblich überschritten worden ist. Schweiniß vom Hauptvorstand legte eingehend dar, daß die Verteuerung des Baues auf unvorhergesehene Änderungen des Bauprojektes und die Schwierigkeiten durch die bauüberwachenden Behörden zurückzuführen sei.

Im allgemeinen beschränkte sich die äußerst sachlich geführte Diskussion hauptsächlich auf tarifrechtliche und tarifpolitische Fragen sowie auf die Tätigkeit der Fachsparten. Die Mitteilung, daß als Gäste des Verbandstages die Genossen Scheidemann und Hildenbrand eingetroffen sind, wurde von den Delegierten mit großem Beifall aufgenommen.

### Schluß des ersten Verhandlungstages.

Der letzte Teil des ersten Verhandlungstages wurde mit der Erstattung des Geschäfts- und Kassenberichts ausgefüllt. Der Verbandsvorstand legte wie auf den gedruckt vorliegenden Geschäftsbericht hin und bezeichnete die Berichtsjahre als Jahre des gewerkschaftlichen Wiederaufstiegs. Die Mitgliederzahl war während der Kriegsjahre von 70 000 auf 28 000 zurückgegangen; heute ist der Friedensstand nicht nur eingeholt, sondern um 10 000 überstiegen. Das sei der wirtschaftlichen Stabilität zu danken, die sich darin ausdrückt, daß im Jahre 1923 26 Lohnverhandlungen zu führen waren, im Jahre 1924 dagegen nur vier und 1925 gar nur drei.

Die Ranteltarifverhandlungen konnten für die Gehilfenschaft erfolgreich geführt werden. Der Lohn stieg von 27 auf 48 M., der tarifliche Zuschlag für Maschinenseiger von 7 1/2 auf 20 Proz., der der Korrektoren von 3 auf 7 Proz. Die Lohnabbauversuche der Unternehmer sind durchweg zurückgewiesen worden. Dieser

### feste Zusammenhalt der Kollegenschaft

drückte sich auch in dem guten Verhältnis zwischen Sparten und Verbandsvorstand aus. Handwerkervereinigungen sind nicht im Interesse des Verbandes gelegen und man sollte nur da zu ihrer Gründung schreiten, wo sie eine organisatorische Notwendigkeit sind.

Den Kassenbericht erstattete Kollege Schweiniß. Das Verbandsvermögen ist seit dem 1. Januar 1924 von 47 498 Goldmark bis zum 31. März 1926 auf 3 677 871 Mark angewachsen. Dieser Erfolg ist auf den Hamburger Beschluß zur Stärkung des Kassenbestandes zurückzuführen. Das Unterstützungswesen konnte so unter Berücksichtigung der jeweiligen Verhältnisse wieder ausgebaut werden. In der Berichtszeit ist auch das Verbandshaus fertiggestellt worden. Der Bau war mit vielen Schwierigkeiten verknüpft. Bei einer Beteiligung von 80 Unternehmern kein Wunder, daß Termin und Kostenanschläge überholt wurden. Durch die Verteuerung des Materials sowie nicht vorgesehene Erweiterungen des Baues sind die Kosten dafür auf 3,1 Millionen Mark angewachsen.

Eine im Anschluß hieran vorgenommene Besichtigung des Verbandshauses geriet zu einer Besichtigung der uneingeschränkten Anerkennung und Bewunderung. Eine Besichtigung des Flughafens auf dem Tempelhofer Feld schloß sich an.

### Existenzfragen der Werkmeister.

Die Geschäftsstelle Berlin des Deutschen Werkmeisterverbandes hatte zu Montagabend nach dem Klubhaus in der Ohmstraße eine große Funktionärerversammlung einberufen, um zu wichtigen tariflichen und beruflichen Fragen Stellung zu nehmen. Der Geschäftsführer, Genosse Rothe, der über diese Fragen referierte, unterstützte die in der letzten Zeit für die Werkmeister abgeschlossenen Tarifverträge im Zusammenhang mit den jetzt erfolgten namhaften Tarifkündigungen in verschiedenen Industrien einer sehr eingehenden Kritik. Der Inhalt seines zweistündigen Referats war kurz folgender: Besondere Beachtung verdienen die beiden Schiedssprüche für die Werkmeister der Bremer und der Norddeutschen (Berliner) Textilindustrie, von denen der erste bereits rechtswirksam ist. Bei oberflächlicher Betrachtung scheinen durch diese Schiedssprüche die alten Gehaltsätze bis auf weiteres garantiert zu sein. In Wirklichkeit ist dies aber nicht der Fall. Die Schiedssprüche enthalten die ganz neuartige Klausel, daß es dem Unternehmer gestattet ist, nach den „wirtschaftlichen Verhältnissen und Erfordernissen“ des Betriebes und um Entlassungen zu vermeiden, mit den einzelnen Angestellten vom Tarifvertrag abweichende Vereinbarungen zu treffen. Wenn in solchen Fällen eine Einigung nicht erzielt werden kann, soll ein aus je drei Arbeitnehmer- und Arbeitgeber-Vertretern zu bildendes Schiedsgericht, auf das die Gewerkschaften nebenbei bemerkt gar keinen Einfluß haben, zur Entscheidung angerufen werden. Das bedeutet praktisch nichts anderes, als daß die Unternehmer trotz bestehender Tarifverträge jederzeit die Gehälter ihrer Angestellten abbauen können. Die bisher bestehende Unabdingbarkeit der Tarifverträge würde, wenn diese beiden Beispiele bei anderen Schlichtungsinstanzen Schule machen würden, völlig illusorisch werden.

Der AFA-Bund hat sich wegen dieser Spruchpraxis des Bremer und Berliner Schlichtungsausschusses beschwerdeführend an das Reichsarbeitsministerium gewandt und von ihm verlangt, die Schlichtungsinstanzen anzumelden, daß sie durch solche Klauseln nicht die Unabdingbarkeit der Tarifverträge beseitigen. Die Werkmeister haben aber alle Ursache, nicht nur die Entwicklung auf

tarifrechtlichen, sondern auch auf wirtschaftlichen Gebiet zu verfolgen. Der Redner zeichnete ein klares Bild der Existenzgefahren, die den Werkmeistern aus der Rationalisierung und Amerikanisierung der Betriebe drohen. Wenn der Rationalisierungsprozeß auch auf ein ganz falsches Gleis geschoben wird, so erfordert doch die Entwicklung der Wirtschaft, daß sich die Werkmeister mit all den Dingen vertraut machen. Sie müssen sich das jetzt mehr denn je erforderliche Rüstzeug verschaffen, um allen den Anforderungen des Werkmeisters der Zukunft gewachsen zu sein. Wollen die Werkmeister sich nicht degradieren lassen, wie es heute schon vielfach versucht wird, dann müssen sie die ihnen durch die Organisationen und sonstige gebotenen Bildungsmöglichkeiten ausnützen. Alle Versuche, den Werkmeister durch wissenschaftlich gebildete Betriebsbeamte zu verdrängen, würden Experimente bleiben. Die Wirtschaft kann den Werkmeister nicht entbehren, aber er muß in Zukunft neben seinen praktischen auch genügend theoretische Kenntnisse haben. Kurzum, auch die Werkmeister müssen mit der Entwicklung weitergehen, um sich zu behaupten.

Die anschließende, sehr sachliche Diskussion bewegte sich in ergänzendem und durchaus zustimmendem Sinne.

## SPD.-Maschinenschlosser! Besucht heute die Brandversammlung!

### An die Arbeitnehmerschaft des AEG-Konzerns.

Am 24. Juni jährt sich wiederum der Tag, an dem Walter Rathenau durch Mordhand gefallen ist.

Wir fordern die AEG-Arbeitnehmer auf, an der am gleichen Tage um 8 Uhr abends an seinem Grabe auf dem Waldfriedhof Oberschöneweide stattfindenden Gedächtnisfeier teilzunehmen.

Der Gesamtbetriebsrat AEG. Geschäftsführender Ausschuss: Koch, Wolff, Quolitz, König, Bome.

### Eine „Schulreform“ gegen Arme.

#### Der Förderkursus bei der höheren Handelsschule in Berlin.

Der Zentralverband der Angestellten, der sich seit seinem Bestehen für den Ausbau des kaufmännischen Berufsschulwesens eingesetzt hat, hat jetzt in Verbindung mit dem Allgemeinen Verband der Deutschen Bankangestellten durch das Bezirksamt Groß-Berlin des AFA-Bundes dem preussischen Ministerium für Handel und Gewerbe eine Denkschrift überreichen lassen, um den Interessen der Befürworter der sogenannten Förderkurse auf der höheren Handelsschule in Berlin besser zu dienen, als es bisher möglich war. In dieser Denkschrift wird ausgeführt:

Im Artikel 146 der Deutschen Reichsverfassung heißt es: „Für die Aufnahme eines Kindes in eine bestimmte Schule sind seine Anlage und Reigung, nicht die wirtschaftliche und gesellschaftliche Stellung oder das Religionsbekenntnis seiner Eltern maßgebend.“

Unter Beachtung dieses Grundgesetzes wurde von der Deputation für das Berufs- und Fachschulwesen der Stadt Berlin mit Genehmigung des Provinzialschulkollegiums Oktober 1924 ein sogenannter „Förderkursus“ bei der höheren Handelsschule eingerichtet. Zweck dieses Kurses sollte sein, begabten berufstätigen jungen Menschen beiderlei Geschlechts, die nicht im Besitz der Oberstudienreise einer höheren Lehranstalt sind, die Möglichkeit des Studiums bei der höheren Handelsschule mit denselben Berechtigungen zu geben wie den übrigen Schülern der Handelsschule.

Durch eine bei der Handelshochschule inzwischen durchgeführte Studienreform, nach der nur solche Personen sich dort immatrikulieren lassen können, die die Reife für Obersekunda einer höheren Lehranstalt besitzen, ist es unmöglich geworden, daß sowohl diejenigen Schüler der höheren Handelsschule, die diese Reife nicht haben, wie auch die Schüler der Förderklasse die Berechtigung erhalten, nach erfolgreicher Absolvierung dieser Schule auf der Handelshochschule mit allen Berechtigungen weiter zu studieren.

Diesem Umstande besonders ist es zuzuschreiben, wenn zwei weitere Förderklassen, eine im Oktober 1925 und eine andere zu Ostern 1926, geringere Meldeziffern aufwiesen und infolgedessen nicht zustande kamen. Eine besondere Härte liegt nun aber für diejenigen Schüler und Schülerinnen des Förderkurses vor die ihn seit Oktober 1924 in der sicheren Erwartung der vollen Zuerkennung der Berechtigung besuchen. Dieses Kursus endet Oktober 1926.

Diesen Schülern und Schülerinnen ist zum Beginn der Schularbeit in bestimmte Aussicht gestellt worden, daß ihnen in derselben Weise wie den anderen Schülern der höheren Handelsschule die gekennzeichneten Berechtigungen zugesprochen werden. Hierauf bauten sie die Erwartung, daß sie die Berechtigungen erhalten würden, gab ihrer Arbeit den besonderen Antrieb. Dabei muß berücksichtigt werden, daß es sich hier um junge Menschen handelt, die tagsüber voll berufstätig sind und in 16 Wochenstunden — nach Arbeitsvertrag — eine intensive Schularbeit democh mit besten Ergebnissen betreiben.

Ein Vertreter des Provinzialschulkollegiums hat sich vor einiger Zeit davon überzeugt, daß der Förderkursus mit ausgezeichnetem Erfolge arbeitet und daß die Schüler und Schülerinnen eine besondere Begabtenauslese darstellen. Der Herr Vertreter hat sich in durchaus anerkennender Weise über den Förderkursus und die Leistungen der Schüler ausgesprochen.

Der Förderkursus hat überdies den staatsbürgerlichen Wert, daß er begabten jungen Menschen, die vielfach aus materiellen Gründen nicht in der Lage waren, eine höhere Lehranstalt zu besuchen, die Möglichkeit gibt, auf Grund ihrer besonderen Begabung und Arbeitsfreudigkeit ein ernsthaftes Studium durchzuführen. Soll das vielfach gebrauchte Wort: „Freie Bahn dem Tüchtigen!“ wirklich praktische Anwendung finden, so kann das hier im besten Sinne geschehen. Den Begabten zu fördern, ihm die Entfaltung aller seiner Kräfte zu ermöglichen, das sollte selbstverständliche Verpflichtung des Staates und seiner ausführenden Organe sein.

(Wiederholt, weil nur in einem Teil der gestrigen Abendausgabe.)

### Internationale Arbeitskonferenz.

Genf, 21. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Die Arbeitskonferenz verabschiedete am Montag in zwei Vollsitzungen das Abkommen über die Heimführung der Seeleute mit 68 gegen 20 Stimmen. Die Empfehlung der Heimführung der Kapitäne und Schiffsjungen wurde mit 62 gegen 19 Stimmen angenommen und eine Entschließung auf Heimführung der Fischer fand mit 72 gegen 19 Stimmen Annahme. Hierauf begann die Aussprache über das Abkommen, das die Strafbestimmungen enthält. Da sich hier größere Widerstände bemerkbar machten, wurde die Debatte auf Dienstag verschoben.

SPD.-Metallarbeiter! Aus jedem Betriebe müssen Kollegen am Mittwoch, den 23. Juni 1926, in der Zeit von 4 bis 8 Uhr nach dem Lokal Fährstraße 1, kommen, um wichtiges Material abzuholen. Kein Betrieb darf fehlen. Parteiausweis und Mitgliedsbuch legitimiert.

## Wirtschaft

### Der oberschlesische Montantrust gegründet. Mit staatlicher Subvention.

Der oberschlesische Montantrust (Oberbedarf, Donnersmard-Hütte, Oberschlesische Eisenindustrie A.-G.) ist endgültig durch notariellen Vertrag gegründet. Er trägt den Namen „Vereinigte Oberschlesische Hüttenwerke A.-G.“. Der Sitz ist Gletwitz in Oberschlesien. Oberbedarf und Donnersmard-Hütte bleiben als Holdinggesellschaften zur Verwaltung der Trustatien selbständig. Sie erhalten je 25 Proz. des Aktienkapitals von 30 Millionen Mark. Obereisen geht in dem Linke-Hoffmann-Saachhammer-Konzern auf, der 50 Proz. des Aktienkapitals übernimmt.

Ermöglicht ist der Zusammenschluß durch eine Subvention des Reiches und Preußens. Diese übernehmen mit 36 Millionen die Forderung der Seehandlung an die Konzernwerke und wandeln diese kurzfristige Schuld langfristig um. 10 Millionen der Schuld werden von Großbanken übernommen. Die Subvention besteht darin, daß die Darlehen während der ersten 5 Jahre zinsfrei bleiben; im zweiten Jahrfünft werden 1 1/2 Proz., für weitere 10 Jahre 2 Proz., und die letzten 15 Jahre 4 Proz. Zinsen gezahlt. Die Subvention steht fest. Haben sich Preußen und das Reich auch den notwendigen Einfluß auf die Verwaltung gesichert?

### Ein deutsch-französisches Handelsprovisorium.

Die nach Paris zurückgekehrten deutschen Delegierten haben, nach Meldung der „Industrie- und Handelszeitung“, die Aufgabe, das auf 6 Monate berechnete Handelsprovisorium auf Grundlage der kurzen Besprechungen in Berlin derart zu einem vorläufigen Abschluß zu bringen, daß seine Vorlage an den Reichstag noch vor den Sommerferien erfolgen kann. Daß dieses Provisorium über den Rahmen des sogenannten Frühgemüseabkommens nicht unerheblich hinausgehen würde, wurde bereits berichtet. Es soll sich möglichst auf alle diejenigen Positionen erstrecken, hinsichtlich deren sich eine Annäherung der Vertragsparteien mit unmittelbarer Aussicht auf einen Abschluß ergeben hat. Die Spitzenverbände der beteiligten Industrien sind hierüber, nachdem das Reichsabinett seine grundsätzliche Genehmigung zu einer solchen vorläufigen Regelung der Handelsbeziehungen gegeben hat, im einzelnen gehört worden und haben ihre Wünsche über die zulässige Grenze des Gegenkommens geäußert. Das Provisorium dürfte aber auch gewissen Forderungen Rechnung zu tragen haben, die auf eine Abänderung der bisherigen Abmachungen hinsichtlich der landwirtschaftlichen Produkte drängen. Aus dem Bereich des Provisoriums scheiden die großen strittigen Gebiete, wie Stahl und Eisen, chemische Produkte usw., im Hinblick auf die noch mangelnde Abschlußreife aus. Außerdem bleiben selbstverständlich alle Bestimmungen allgemeinen Charakters dem späteren endgültigen Vertrag vorbehalten.

Maschinenbetrieb in der nordamerikanischen Landwirtschaft. Im Wahst der „Internationalen Rundschau der Arbeit“ ist ein bemerkenswerter Aufsatz über die Auswirkungen des maschinellen Betriebes in der nordamerikanischen Landwirtschaft abgedruckt. Wegen der geographischen Verhältnisse und des dauernden Mangels von Arbeitskräften erfolgte eine Mechanisierung der Landwirtschaft zuerst in Nordamerika, die mit der Erfindung der Selbstbindemaschine im Jahre 1834 einsetzte. Die starke Verwendung tierischer und mechanischer Kraft führte in den letzten 30 Jahren so stark zu besserer Anwendung menschlicher Arbeitskraft, daß der auf den beschäftigten Arbeiter treffende Ertrag zwei- bis sechsmal so groß ist, als in europäischen Ländern. Damit wurde es möglich, einerseits hohe Löhne zu zahlen, die dem Arbeiter gestatteten, zu sparen und in einigen Jahren selbst eine Farm zu erwerben, andererseits die bebauten Fläche und den Ertrag bedeutend zu vergrößern. Nach den Betriebszählungen betrug der Wert der Maschinen und Geräte der landwirtschaftlichen Betriebe Kanadas 1921 665 180 000 Dollar gegenüber 357 008 000 Dollar im Jahre 1911. Der Durchschnittswert pro Farm war 1921 935,44 Dollar und 1911 376,20 Dollar. Auf die gleiche Bodenfläche berechnet sind die Kosten der Verwendung von Maschinen bei Kleinbetrieben größer als bei Großbetrieben. Eine im Jahre 1923 ausgeführte amtliche Erhebung ergab, daß die durchschnittlichen Kosten auf den Acre Landes berechnet sich wie folgt stellen: Farmen von 2 bis 50 Acres 3,37 Dollar, von 50 bis 100 Acres 2,59 Dollar, 100 bis 150 Acres 1,65 Dollar, 150 bis 200 Acres 1,25 Dollar. In den Vereinigten Staaten nahm der Wert der landwirtschaftlichen Maschinen von 270 Millionen Dollar 1870 auf mehr als 3 1/2 Billionen Dollar 1920 zu. Auf den Arbeiter berechnet ergibt sich hier ein durchschnittlicher Wert der verwendeten landwirtschaftlichen Maschinen von 56 Dollar 1870, 68 Dollar 1900 und 176 Dollar 1920. Die Ausführungen schließen mit der Feststellung, daß in Nordamerika der Grundlag zur Stellung gekommen ist, unnötige Arbeit als zwecklose Plakerei zu vermeiden.

Verantwortlich für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: Ernst Gahrman; Gewerkschaftsbewegung: S. Steiner; Anzeigen: R. S. Fischer; Lokales und Sonstiges: Fritz Rastbach; Anzeigen: Th. Glaser; Ländlich in Berlin, Verlag: Formhaus-Berlin G. m. b. H., Berlin. Druck: Formhaus-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Cramer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 3.

## Berliner Zahn-Institut

Königstr. 48, Eing. Hoher Steinweg (gegenüber dem Rathaus) 9-12, 5-7, Sonnabends 9-12.  
Unter erster fachmännischer Leitung  
**Volkstümliche Preise!**  
Gute Plomben (Silber-, Gold-, Amalgam etc.) 1-2 M.  
Goldkronen 8 M. Goldkronen 20 Karat, 16 M.  
Jeder moderne Zahnersatz; Erstklassiges Material; Guter Sitz  
Langjährige Garantie! — Billigste Preise!  
Schonendste Behandlung!

## Photoapparate, Feldstecher

kaufen Sie gut und preiswert im  
Photo-Spezialhaus Haller, Kottbuser Damm 98

Lampenschirm - Gestelle sowie sämtl. Zubeh. wie Seide, Batist, Seidenstr., Wickelband usw. in 1a Qualität billig in den Spezialgesch. Japanstr. Dorotheenstr. 58, neben der Kirche, Königgrätzer Str. 44, nahe Anh. Bahn., Brunnenstr. 159, Ecke Anklamer Str., Dreibundstr. 48, s. Nord-Südth. Kreuzb., Hohenzollernstr. 16, Ecke Uhlandstr., Charl., Seesenheim, Str. 12, E. Bismarckstr.

## Kohlensäurereiches Thermal-Solbad und Inhalatorium

**BAD SALZUFLEN**  
Lippe.  
Teutoburger-Wald.  
Kurzeit:  
März-November  
1925-23662  
Kurgäste  
Tägliche Konzerte  
Mineralpastillen in Apotheken u. Drogerien.  
Auskunft durch Lipp. Badeverwaltung,  
Reise- und Verkehrsbüros

## Ischias

Rheumatismus-Spezialbehandlung nach Prof. T. Lange. Löffmann, Göttinger Str. 14, 15-17, 1-7.  
Rantor bedarf  
Alexanderplatz  
Krause-Pianos zur Miete  
Ansbacher Str. 1, 1. Stock

## Befreien Sie Ihre Angehörigen von allen Zukunftsorgen!

Der Erd- und Feuerbestattungs-Verein  
Groß-Berlin  
Berlin W 55, Steglitzer Straße 66  
der unter Staatsaufsicht steht, bietet seinen Mitgliedern gegen niedrigste monatliche Beiträge eine  
**würdige Bestattung**  
verbunden mit Bargeldauszahlung  
insgesamt nach Wunsch von 200-1000 Rm.  
Keine Klassenbestattung, sondern prächtige Ausführung nach den Wünschen der Hinterbliebenen.  
Keine ärztliche Untersuchung!  
Jede gesunde Person im Alter von 7 bis 75 Jahren kann Mitglied werden — Zahlstellen in allen Stadtteilen.  
Verlangen Sie Prospekt oder unverbindlichen Vertreterbesuch  
Vertreter und solide Geschäfte gegen Provision als Annahmestellen gesucht